

Ministerium für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (UM)
Minister Franz Untersteller
Kernerplatz 9

Stuttgart, Februar/März 2014

70182 Stuttgart

Kein Fracking in Baden-Württemberg!

Sehr geehrter Herr Minister Untersteller,

wir fordern Sie hiermit auf, Schaden von unserem Land abzuwenden und den fortwährenden Vorstößen der Energiekonzerne für Fracking endlich ein entschiedenes NEIN entgegen zu stellen.

Unsere Lebensgrundlagen stehen nicht für kurzfristige Geschäftemacherei zur Verfügung!

Es ist völlig inakzeptabel, dass Ihr Staatsministerium die Genehmigungen für Schiefergas-erkundungen im Bodenseeraum nicht zurückruft. Nach Erteilung einer Genehmigung durch eine untere Behörde müssen Sie als oberste Staatsinstanz von Baden-Württemberg alle Phantasie Ihrer höchstbezahlten Beamten bewegen, um die erteilten Genehmigungen zu widerrufen. Das von B90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Moratorium soll die Menschen beruhigen. Es verhindert den Stopp und entpuppt sich als Wahlmanöver.

Setzen Sie sich in Verbindung mit unserem Nachbarland Hessen, wo Umweltministerin Puttrich auf der Grundlage eines Gutachtens Fracking verboten hat. Z. B. erlaubt § 11 Berggesetz die „*Versagung einer Erlaubnis, wenn überwiegende öffentliche Interessen die Aufsuchung ... ausschließen*“. Öffentliche Interessen wie z.B. Trinkwasserschutzgebiete, Naturschutz, Siedlungs-, Landwirtschafts- und Verkehrsflächen, die durch Fracking gefährdet wären.

Ein Handeln vor Ort ist notwendig, da die EU in Tateinheit mit der Bundesregierung Fracking zulassen will.

Mit freundlichen Grüßen,